

Jörg von Polheim

- (A) Welche spürbaren Verbesserungen ergeben sich für junge Singlefrauen, die zukunftsicher ihr Leben planen möchten? Keine. Oder anders gesagt: Wem nützt das, was Sie vorschlagen? Niemandem.

(Beifall bei der FDP)

Anstatt mit Quotenregelungen staatlichem Zwang das Wort zu reden, sollte es Ihnen, wenn es Ihnen um die Sache ginge, vielmehr ein Anliegen sein, Angebote für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterbreiten. Damit wäre den berechtigten Anliegen der Frauen und übrigens auch vieler Männer weitaus mehr geholfen als mit einer Quote für einige wenige Führungsetagen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht hier um Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Es geht um reale Fortschritte bei der Koordinierung von Kind und Karriere. Es geht um Menschen in unserem Land, um bessere Aufstiegschancen für Frauen in der Arbeitswelt, aber nicht um willkürlich festgesetzte Vorstandsquoten fernab der Lebenswirklichkeit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Diese Koalition hat viel für die berufliche Chancengleichheit getan, mehr als es durch jede Quote erreicht werden könnte.

(Lachen der Abg. Elke Ferner [SPD])

- (B) Wir haben trotz Haushaltskonsolidierung zusätzliche 4 Milliarden Euro für den Rechtsanspruch auf die U-3-Betreuung aufgebracht. Das erhöht die Chancen jeder einzelnen Frau, ihre Karriere individueller zu planen, als es je zuvor der Fall war.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesem Zusammenhang sollten Sie einmal zu Ihren Genossen nach Nordrhein-Westfalen schauen. Dort wird der Ausbau der U-3-Betreuung von der SPD-geführten Landesregierung massiv gekürzt, und Sie reden hier von Chancengleichheit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Thomas Oppermann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Schauen Sie einmal in den Landeshaushalt. – Diese Bundesregierung hat das Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ und die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ aufgelegt. Diese Programme sorgen dafür, dass Familienleben und Arbeitswelt besser in Einklang gebracht werden können. In Zukunft wird diese Koalition die Elternzeit flexibler gestalten. Durch diese Flexibilisierung wird es jungen Familien ermöglicht, mit einem Bein im Berufsleben zu bleiben, ohne auf eine Auszeit zum Wohle des Kindes verzichten zu müssen. All diese Initiativen sind weiche Faktoren, die uns langsam, aber stetig dorthin bringen sollen, wo beispielsweise Schweden schon heute ist: mehr Frauen in Vorstandspositionen – und das ohne staatlich verordnete Quote. Das ist ernst gemeinte nachhaltige Politik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (C)

Jede unserer Initiativen hilft sowohl den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch den Arbeitgebern weitaus mehr als die von Ihnen vorgeschlagene Frauenquote für Vorstandsetagen. Die SPD möchte Frauen mit der Brechstange in die Vorstände bringen;

(Dr. Eva Högl [SPD]: Nein, mit der Quote!)

wir wollen Verbesserungen in der Sache. Sie bedienen Klischees; wir bedienen die Realität.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr von Polheim, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Dazu gratuliere ich Ihnen im Namen des Hauses recht herzlich und wünsche Erfolg für Ihre Arbeit hier.

(Beifall – Abg. Jörg von Polheim [FDP] nimmt Gratulationen entgegen)

– Küsse werden ins Protokoll aufgenommen; nur damit das klar ist.

(Gisela Piltz [FDP]: Unbedingt! Mir würde was fehlen!)

Die nächste Rednerin ist Monika Lazar für Bündnis 90/Die Grünen. (D)

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Quote wird in dieser Woche wieder sehr breit diskutiert. Trotz des Widerstands in der Koalition gibt es inzwischen eine breite Mehrheit, die sich für die Quote ausspricht,

(Jörg von Polheim [FDP]: Nur nicht in der Bevölkerung!)

unter anderem bei der Frauen Union und bei den Frauen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ministerin von der Leyen, die als einzige Ministerin hier zum Glück dabei ist, sagte erst kürzlich im *Tagesspiegel*: „Im Schnecken tempo können wir nicht weitermachen“. Das ist richtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die EU-Kommissarin Reding ist mit ihrer Geduld am Ende und wird handeln. Auch die Berliner Erklärung, für die sich Frauen aus allen Fraktionen zusammengefunden haben und die Tausende von Unterschriften trägt, spricht, denke ich, eine eindeutige Sprache.

Die FDP – das hat man auch heute wieder gesehen – hat anscheinend große Angst vor der Quote.

(Otto Fricke [FDP]: Da haben Sie eben nicht zugehört!)

Sie sollten sie ruhig einmal ausprobieren. Ich glaube, dann hätten Sie auch ein paar Probleme weniger.

Monika Lazar

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Generalsekretär Döring beklagt, dass eine gesetzliche Quote ein Eingriff in das Eigentum der Aktionärinnen und Aktionäre wäre. Damit hat er recht. Aus gutem Grund würde der Gesetzgeber eingreifen: zum Schutz vor Diskriminierung.

Auch Herr Brüderle lehnt eine Quote ab. Zitat: „Frauen sind zu unterstützen, weil sie gut sind – nicht weil sie Frauen sind“. Was ist denn das für ein Argument? Das zeigt wieder einmal, dass die FDP das Prinzip der Quote immer noch nicht verstanden hat.

(Marco Buschmann [FDP]: Sie haben nicht verstanden, dass Ihre Theorien in der Wirklichkeit widerlegt werden!)

Wenn Sie allen Ernstes behaupten, eine Quote habe mit Leistung nichts zu tun, dann ignorieren Sie die wissenschaftlichen Ergebnisse zu den Leistungen von Frauen einerseits und ihren Aufstiegsmöglichkeiten andererseits. Wir müssen uns eben die besten Frauen aus dem Pool herausuchen und dürfen nicht, als hätten wir Scheuklappen auf, nur auf die Männer setzen, die den meisten Unternehmen als Erstes einfallen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) Die Enttäuschung über die Frauen- und Geschlechterpolitik der Koalition sitzt tief. Selbst die dürftigen Ansätze der Frauenministerin werden von der FDP im Keim erstickt. So schrieb die *taz* am 5. März: „FDP muckt auf und Frau Schröder knickt ein“, und sie schrieb ferner von der FDP in „Ignorantenhausen“.

Womit die Ministerin allerdings regelmäßig die Medien bedient, sind Ankündigungen von Gesetzentwürfen. Wir erwarten, dass sie ihre Vorhaben zuerst mit dem Koalitionspartner bespricht, dann uns im Plenum informiert, sodass wir es hier diskutieren können. Es kann nicht sein, dass wir immer nur in der Zeitung etwas lesen und dann nichts passiert.

Auch die aktualisierten Zahlen aus dem Ministeriums-
etat sprechen eine eindeutige Sprache. Besonders überrascht bin ich darüber, dass beim Titel „Gleichstellungspolitik in der Lebenslaufperspektive“ deutlich weniger ausgegeben werden soll als zunächst geplant. Sie haben doch erst gestern den Antrag zu diesem Thema eingebracht. Anscheinend ist das nicht mit Zahlen untermauert, oder Ihnen fällt nichts dazu ein.

Auch zur Flexiquote und zum Stufenplan der Ministerin – so niedrig die Ziele darin auch sind – ist im aktuellen Haushaltsentwurf nichts Passendes mehr drin. Sie untergraben mit den Zahlen also Ihre eigenen Vorhaben mit den ohnehin schon niedrigen Zielen. Das ist wirklich ein Trauerspiel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Caren Marks [SPD] und Dr. Barbara Höll [DIE LINKE])

In dem Gleichstellungsbericht, den wir gestern mit diskutiert haben, heißt es sehr eindeutig:

(C) Die Kosten der gegenwärtigen Nicht-Gleichstellung übersteigen die einer zukunftsweisenden Gleichstellungspolitik bei weitem.

Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, und handeln Sie danach! Wir wollen nicht mehr länger darauf warten, dass es endlich einmal vorangeht.

Die Opposition handelt wieder einmal. Heute steht der Gesetzentwurf der SPD auf der Tagesordnung. Wir Grünen haben vor reichlich einem Jahr einen Gesetzentwurf zu den Regelungen bei Aufsichtsräten und danach noch einen Antrag zu den Regelungen bei Vorständen eingebracht. Auch von der Linksfraktion liegen Vorschläge vor. Ich denke, selbst wenn sich unsere einzelnen Vorschläge etwas unterscheiden, ist die Richtung doch die gleiche.

(Caren Marks [SPD]: Da kommen wir zusammen!)

Uns allen sollte klar sein: Freiwillige Vereinbarungen haben nichts gebracht. Die gläserne Decke lässt sich so einfach nicht durchbrechen. Ich rufe die Ministerin auf – Herr Kues, richten Sie es ihr bitte aus, da sie heute nicht da ist; vielleicht kommt ja im Laufe der nächsten Monate doch noch etwas –: Wir müssen wirklich handeln; denn – dies wurde schon angesprochen – die meisten der Aufsichtsratsposten werden im nächsten Jahr neu besetzt. Deshalb ist es Zeit, in diesem Jahr etwas vorzulegen. Die Vorschläge der Opposition liegen vor. Suchen Sie sich etwas aus. Wir diskutieren gern im Detail darüber. Meine Bitte zum Schluss: Tun Sie endlich etwas!

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Thomas Silberhorn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns sicherlich darin einig, dass es in Deutschland nach wie vor erhebliche Defizite bei der Gleichstellung von Männern und Frauen gibt und dass das namentlich auch in der Privatwirtschaft der Fall ist. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen bewegt sich weiterhin auf einem unbefriedigend niedrigen Niveau. Deswegen sollte auch Einigkeit darin bestehen, dass das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Nur, wenn wir dieses Thema als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten, dann muss das auch in unseren Debatten zum Ausdruck kommen. Dann muss es auch eine Beteiligung von Männern an dieser Debatte geben.

(Caren Marks [SPD]: Na klar!)

Ich stelle fest, dass von der CDU, der CSU und der FDP Männer an dieser Plenardebatte teilnehmen. Ich frage Sie von der Opposition: Wo sind Ihre Männer?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie lassen die Frauen reden.